

Haushaltsrede der WGH-Fraktion am 26.11.2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Als Erstes möchte ich Ludwig Deitermann, unseren Fraktionsvorsitzenden entschuldigen, der eine Reha verordnet bekommen hat. Sie müssen also mit mir, seiner Stellvertreterin vorliebnehmen. Ich hoffe, dass da nicht Churchills Worte zutreffen: „Ein kluger Mann macht nicht alle Fehler selbst. Er gibt auch anderen eine Chance“.

Dieses Jahr hat unserer Stadt sehr viel abverlangt. Mit dem 24. März und dem tragischen Absturz eines Flugzeuges, der den sinnlosen Tod von 18 jungen Menschen aus unserer Gemeinde verursachte, fiel Haltern in ein entsetztes Schweigen. Ein großes Lob geht da an unseren Bürgermeister Bodo Klimpel und Herrn Wessel, den Leiter des Gymnasiums. Beide haben sich umsichtig und mit viel Pietät um Eltern und Schüler, aber auch um Formalitäten gekümmert. Der sofortige Entschluss der Ratsfraktionen, still Solidarität zu zeigen, war nicht selbstverständlich. Dafür kann ich nur Danke sagen. Angehörige und Freunde wurden ganz selbstverständlich getröstet und unterstützt und jeder Mitbürger hat sich da eingebracht, wo er gebraucht wurde. Ich kann von mir heute nur sagen, ich bin stolz, Bürger dieser Stadt zu sein. Auch in diesem Jahr können wir keine großen Investitionen im Rahmen des Haushaltes beschließen, denn mangels Masse ist kaum etwas zu verteilen. Laut unserem Kämmerer Dirk Meussen werden wir einen Fehlbetrag von fast 4 Millionen Euro zu verkraften haben. Dazu kommt die Ungewissheit, was Kreis, LWL und RVR uns noch als allgemeine Umlage zumuten werden. Sie versichern zwar, dass auch sie sparen wollen, doch gerade vor zwei Wochen hat der LWL angekündigt, dass er aufgrund höherer Fallzahlen die Umlage um einige Millionen Euro aufstocken müsse. Zur Krönung muss mit mindestens 20 Millionen Euro für die Renovierung, evtl. auch mit entschieden mehr Kosten, für einen Neubau des Kreishauses gerechnet werden, die zur Umlage kommen. Ich habe diese Rede am Sonntag geschrieben und dann eine dreitägige Reise unternommen. Heute Morgen wurde ich aus der Zeitung eines Besseren belehrt. Für die Kernsanierung des Kreishauses ist ein Grundsatzbeschluss gefällt worden. Es sind 124 Millionen Euro eingeplant.

Das ist in den Kommunen nicht mehr zu stemmen. Es wird höchste Zeit, dass auch Kreis und Verbände erhöht kontrollierte Sparmaßnahmen zur Auflage bekommen und auch sie unerwartete Ausgaben an anderer Stelle kompensieren müssen.

-2-

-2-

Die wenigen Ausgaben, die wir als Kommune beschließen, sind überwiegend Pflichtmaßnahmen und dabei fragen weder das Land, noch der Bund, wie wir das alles als Stärkungspaktgemeinde schultern können. Die Bundesregierung winkt Milliarden für Europa durch. Die finanzielle Unterstützung der Städte und

Gemeinden kommt, wenn überhaupt, nur sehr schleppend an. Mein Appell geht da an die großen Parteien, die in Kreis, Land und Bund vertreten sind, dort intensiver die Interessen der Kommunen zu vertreten.

Ein großes Beispiel ist da der Zustrom von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten. Keine Frage, es ist selbstverständlich, dass wir die Verpflichtung haben, diesen Menschen zu helfen. Es ist gerade mal 70 Jahre her, dass Menschen aus unserem Land geflohen sind und in den umliegenden Ländern Aufnahme gefunden haben.

Wir müssen, wenn auch registriert, Kriegsflüchtlinge willkommen heißen. Gerade nach diesem schrecklichen Attentatfreitag in Paris, sollten wir uns nicht abschotten. Denn schon Benjamin Franklin sagte: „Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende Beides verlieren“.

Die Bundesregierung muss jetzt jedoch das Problem an der Wurzel fassen und vor Ort Möglichkeiten zur Eindämmung der Flüchtlingsbewegung ergreifen. Gleichzeitig müssen wir jetzt, so schwer es auch von der menschlichen Seite zu verstehen ist, die Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen in unserem Land Asyl beantragen und in ihrem Land nicht unter Verfolgung leiden, zurück schicken und zwar schnell, damit keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Auch in diesem Zusammenhang ist die Kostenfrage zu berücksichtigen.

Stadtverwaltung, karitative Einrichtungen und Ehrenamtliche haben in den letzten Monaten unendlich viel geleistet und da möchte ich an dieser Stelle allen unseren großen Dank und unsere Anerkennung aussprechen. Diese Leistungen sind auf Dauer nur zu erbringen, wenn die Finanzierung auch gewährleistet ist, das heißt, Bund und Länder schnellstens die gesamten Kosten übernehmen. Frau Merkel tat die Äußerung; „Wir schaffen das!“, hoffentlich heißt es nicht: „Seht mal zu, wie ihr das schafft!“

Die Arbeit der Ehrenamtlichen darf nicht als selbstverständlich angesehen, sondern muss offiziell gewürdigt werden, das heißt eine finanzielle Anerkennung in Form eines Steuerfreibetrages oder Erhalt einer Ehrenamtskarte müsste ihnen zugestanden werden.

-3-

-3-

Mitte des vergangenen Jahres erreichte uns die Absage der Rehse-Gruppe für die Errichtung eines Altenwohnheimes im Elterbreischlag in Sythen, Der Zuschlag war an diese Gruppe ergangen, da uns das Konzept wohl durchdacht erschien.

Es musste ein neuer Investor und Betreiber gefunden werden. Lt. Aussage der Verwaltung musste schnell gehandelt werden, damit noch rechtzeitig während der allgemeinen Bauzeit im Baugebiet Elterbreischlag mit dem Bau des Pflegeheimes begonnen werden könne und die Nachbarn nicht zu sehr durch Baulärm strapaziert würden. Es wurde mitgeteilt, dass zwei Anfragen zur Erstellung eines Pflegeheimes vorlägen.

Im September 2014 stellten dann diese Bewerber ihre Pläne vor.

Herr Kersting und Frau Eskes erläuterten ihre Planung für das Modell Sythener

Scholle. Ihre Zeitschiene sah so aus, dass sie, gleich nach Erteilung der Baugenehmigung mit dem Bau beginnen würden, möglichst mit Halterner Firmen, und das Pflegeheim voraussichtlich Ende 2015 und die Häuser zum „betreuten Wohnen“ bis Ende 2016 zur Fertigstellung anstünden.

Die Eheleute Rotthäuser für die Architektur zuständig, die Firma Immac und die Firma Alloheim stellten ebenfalls ihr Modell vor, wobei unter anderem betont wurde, der Sinnesgarten und der Rundgang im oberen Stockwerk sei für Demenzkranke besonders wichtig. Als Zeitschiene bis zur Fertigstellung des Gesamtkomplexes nannten sie uns Sommer 2016.

Die Zusage ging mit knapper Mehrheit, mit 22 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen an die Firma Alloheim.

In der Zwischenzeit ist jedoch wenig geschehen. Der Kaufvertrag ist geschlossen, aber es konnte bisher, aufgrund mangelhafter Unterlagen, noch keine Baugenehmigung erteilt, geschweige denn mit dem Bau begonnen werden. Dafür wurden jedoch Änderungen bezüglich der Bauweise vorgenommen, die noch nicht einmal vorher in den zuständigen Ausschüssen angesprochen wurden, obwohl am 19.03.15 die Aussage getätigt wurde, dass es keine Veränderungen in der bereits bekannten konzeptionellen Ausrichtung geben würde. Dieses Konzept war der maßgebliche Grund bei einigen für die Zustimmung. Heute muss sich jede Ja-Stimme fragen, ob sie richtig entschieden hat.

Im September stellte die WGH den Antrag, dass sämtliche Veränderungen in den entsprechenden Ausschüssen vorgestellt werden müssten. Es wurden Veränderungen erläutert, die das gesamte, vom Rat angenommene Konzept auf den Kopf stellten.

-4-

-4-

Jetzt gibt es nicht mehr ein geschlossenes Gebäude, sondern ein Gebäude in UForm.

Der Sinnesgarten, wie auch der Rundgang, der kein Rundgang mehr ist, im oberen Stockwerk werden kurz entschlossen in das Erdgeschoss verlegt und zwar in den für alle zugänglichen öffentlichen Teil. Natürlich ist dieses alles im Rahmen des Bebauungsplanes möglich, wurde aber in dieser Form vom Rat nicht gebilligt.

Der Halterner Architekt hat nur die Vorarbeiten geleistet und die eigentliche Planung wird jetzt von einem hauseigenen Architekten aus Rosenheim übernommen. Halterner Firmen werden, so ist zu befürchten, wohl kaum berücksichtigt. Ich kann jetzt nur für Sythen hoffen, dass der Betreiber, wenn das Pflegeheim dann doch noch fertig werden sollte, seine anderen Versprechungen und Aussagen einhalten wird.

Ich bin der festen Überzeugung, die Realisierung des Alternativkonzeptes wäre mittlerweile erheblich weiter fortgeschritten.

Im Jahre 2012 haben alle Fraktionen im Rat der Stadt Haltern beschlossen, dem Stärkungspakt beizutreten und einen Haushaltssanierungsplan zu erstellen, wohl

gemerkt, alle gemeinsam!

Grundvoraussetzung für jede einzelne beschlossene Maßnahme war, dass alle Fraktionen ihr Einverständnis dazu geben und keine betriebsbedingten Kündigungen anstehen würden.

Leider stellt die SPD nach Beschluss immer wieder fest, dass sie eigentlich ja dagegen waren, zum Beispiel bei der Steuererhöhung, oder Schließung von einigen Spielplätzen. Vorschläge zur Kompensation oder eines Tausches der Spielplätze kamen nicht. Tatsache ist, dass die gesamte SPD der Erhöhung der Steuern, wie auch der Schließung einiger Spielplätze und den Einsparungen allgemein zugestimmt hat.

Es ist uns, das können sie mir glauben, allen nicht leicht gefallen, diese Entscheidungen zu fällen.

Es werden von Seiten der SPD ständig Kosten verursachende Maßnahmen gefordert, wie Anbringen von Straßenleuchten am Bahnnebenweg, einer überwiegend nur zur Abkürzung genutzten Straße, oder kostenfreies Aufstellen von Laubkörben, aber da gibt es keine Vorschläge zur anderweitigen Einsparung.

-5-

-5-

Im Gegenteil, als die WGH beantragte, dass die Baupreise für das Baugebiet „Berghaltern – Im grünen Winkel“ leicht angehoben werden sollten, da private Anbieter mit Sicherheit entschieden höhere Preise erzielen würden, stimmte die SPD mit der Begründung, dass auch jungen Familien mit Kindern der Kauf eines Grundstückes ermöglicht werden müsse, dagegen. Sicherlich löblich in Zeiten voller Kassen. Jetzt gäbe man damit einigen solventen Käufern die Chance, preiswertes Bauland zu erwerben, aber vergibt eine Einnahme, die allen zugute kommt. Das sind alles nur kleine Beträge, aber wie sagte schon Aristoteles „Der Anfang ist die Hälfte des Ganzen“.

Wir hoffen da in Zukunft auf mehr Ehrlichkeit, denn Halbwahrheiten dienen nicht lange dem Ansehen.

Und die Aussage von Ludwig Deitermann in seiner Haushaltsrede vom 28.11.13, die ich hier bekräftigen möchte, bleibt bestehen: „Einer neuerlichen Erhöhung der Grundsteuer, wird die WGH definitiv nicht zustimmen“.

Das vernichtende Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zum sachlichen Teilflächennutzungsplan zur Ausweisung von Windkonzentrationsflächen für Windkraftanlagen hat den gesamten Rat und auch die Verwaltung, entsetzt, wurde doch die Arbeit von Jahren zunichte gemacht, die auf dem genehmigten Flächennutzungsplan basierte. Egal, ob man für oder gegen Windkraftanlagen ist, eine wilde Verspargelung unserer vom Tourismus geprägten Landschaft, das einzige Pfund, mit dem wir wuchern können, will keiner. Wir sind erleichtert, dass nach dem gemeinsamen Antrag von WGH, SPD und FDP und nach einem Gespräch mit CDU und Grünen, jetzt die Verwaltung von allen Fraktionen beauftragt wurde, fristwährend Beschwerde gegen die Nichtzulassung einer Revision gegen das Urteil des OVG einzulegen, um handlungsfähig zu bleiben.

Ein allseits „beliebtes“ Thema ist der „Seestern“. Verwaltung und gesamte Politik haben sich bemüht und bemühen sich noch, um eine vernünftige Lösung für die Stadt. Hoffen wir, dass diese Bemühungen in 2016 zu einem Erfolg führen.

-6-

-6-

Lobend möchte ich erwähnen, dass die Stadt trotz angespannter finanzieller Lage, einen dringend benötigten Kindergartenneubau im Innenstadtbereich plant. Die Situation im Kindergartenbereich war in den letzten zwei Jahren recht angespannt und die entschieden teurere Lösung durch Tagesmütter hat nicht wesentlich zur Beruhigung beigetragen. Auch durch die Flüchtlingssituation werden sich die Ansprüche auf einen Kindergartenplatz noch erhöhen. Ein Ü3-Platz zu erhalten, ohne vorherige Inanspruchnahme eines U3-Platzes, ist heute kaum möglich. Durch die Investitionszuschüsse wird ein Neubau möglich sein, mit dem hoffentlich bald begonnen werden kann und der die Lage entspannt. Jetzt zum Stellenplan 2016. Dieser findet die Zustimmung der WGH. Im Vergleich zum Vorjahr sind 2 Beamten- und 5 Beschäftigtenstellen weniger ausgewiesen, obwohl 11 Mitarbeiter des Jobcenters vom Kreis Recklinghausen in den Dienst der Stadt übernommen wurden. Die Aufwendungen für diese Mitarbeiter werden weiter vom Kreis getragen.

Natürlich haben wir intensiv diskutiert, ob in Zeiten leerer Kassen überhaupt Stellenanhebungen stattfinden können. Wir sind jedoch der Meinung, dass Arbeit auch angemessen entlohnt werden sollte. Leistungen aber, die den Anforderungen entsprechen, werden erwartet.

Es handelt sich hier insgesamt um 9 Stellen, die zum Teil, auch bedingt durch Verschiebung in der Stellenbesetzung, eine Höhergruppierung zur Folge haben. Wir stimmen daher dem Stellenplan zu.

An dieser Stelle möchten wir uns ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere bei der Kämmerei und hier besonders bei Dirk Meussen, für die in diesem Jahr geleistete Arbeit bedanken. Dem Haushalt für das Jahr 2016 stimmen wir zu.

Zum Schluss noch ein Zitat von Friedrich dem Großen:

„Eine Regierung (in diesem Fall die Kommune) muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Schweiß ihres Volkes stammt.“

Ich hoffe, dass wir alle uns bei Gelegenheit daran erinnern.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.